

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

49. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 7 · 17. Juli 2018

Wohnungslosigkeit

Die Hilfe für wohnungslose Frauen in Nordrhein-Westfalen stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Hintergrund waren von der Landesregierung angekündigte Angebote für Betroffene. S. 3

Inklusion

Schulministerin Yvonne Gebauer hat Eckpunkte für eine Neuausrichtung der Inklusion an den Schulen des Landes vorgestellt. Das Thema beschäftigte auch den Landtag in einer Aktuellen Stunde. S. 5

Digitalisierung

Die digitale Revolution bringt Vorteile und Herausforderungen mit sich. Was sie für die Landespolitik bedeutet, darüber sprachen Expertinnen und Experten im Fachausschuss. S. 7-9

Jugend-Landtag

199 Jugendliche aus ganz Nordrhein-Westfalen haben Ende Juni für drei Tage die Plätze der Abgeordneten eingenommen. Beim 9. Jugend-Landtag lernten sie die Arbeit der Abgeordneten kennen. S. 14


30 Jahre Landtag
am Rhein

Landtag macht die Nacht zum Tag „Parlamentsnächte“ zum Jubiläum

INHALT

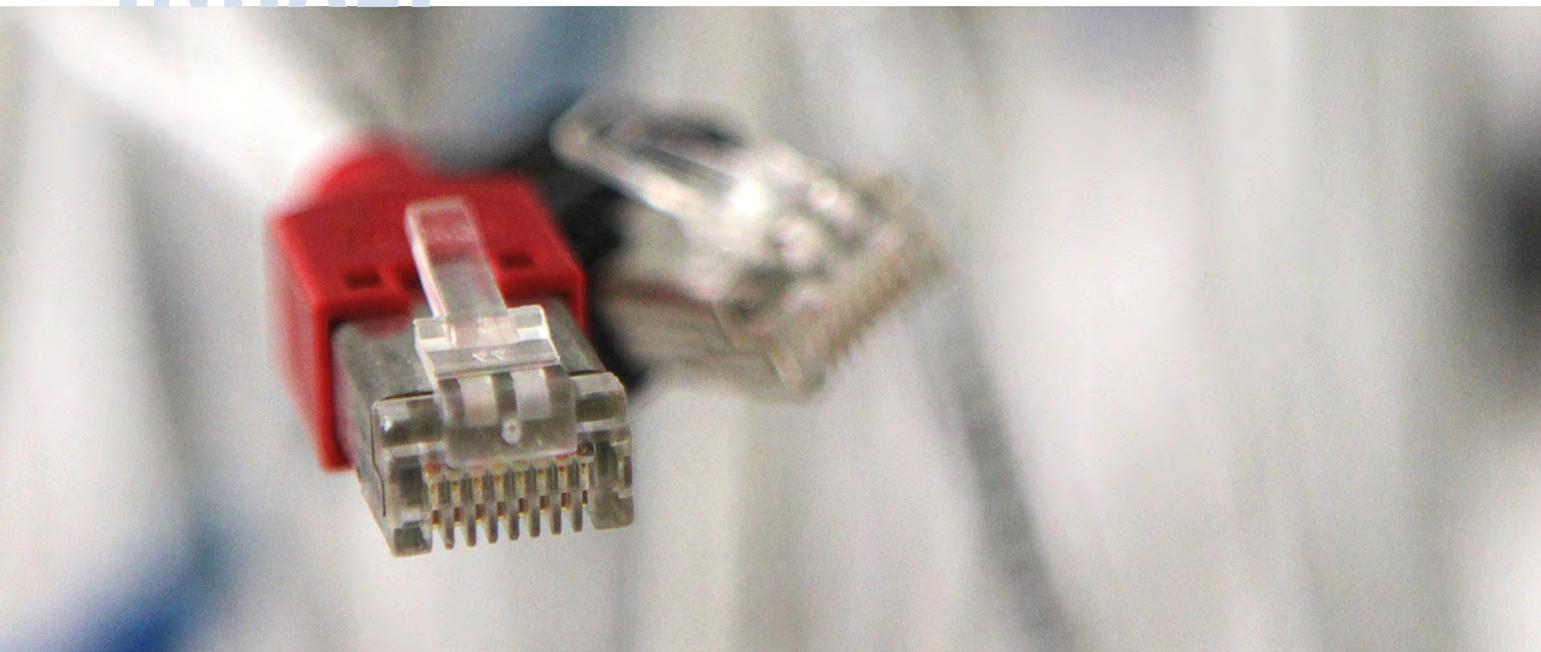


Foto: Schälte

Auf dem Weg in die Zukunft

<u>Sachverständige äußern sich zum Thema „Digitalisierung“</u>	S. 7
<u>Standpunkte</u>	S. 8

Aus dem Plenum

<u>Weiblich und obdachlos</u>	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4
<u>Inklusion an Schulen</u>	S. 5

<u>Gesetzgebung</u>	S. 6
---------------------------	------

Forum

<u>Der Landtag am Rhein wird 30</u>	S. 10
---	-------

<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 12
---------------------------------	-------

Forum

<u>Junge Botschafter der Demokratie</u>	S. 14
---	-------

Im Porträt

<u>Thomas Kutschaty (SPD)</u>	S. 15
-------------------------------------	-------

<u>Kurz notiert</u>	S. 16
---------------------------	-------

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Susanne Ellert (ell), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2107 (ell), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 13. Juli 2018, 13 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus der Rubrik „Aus den Fraktionen“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Weiblich und obdachlos

Landtag debattiert in Aktueller Stunde über Wohnraum

11. Juli 2018 – Mehr als 6.400 Frauen in Nordrhein-Westfalen sind einer Statistik des Landes zufolge wohnungslos. Über ihre Situation hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde debattiert. Die SPD-Fraktion hatte die Aussprache beantragt.

Die Fraktion bezog sich in ihrem Antrag („Wohnungslosigkeit von Frauen eindämmen – Was tut die Landesregierung?“, [17/3110](#)) auf eine Pressemitteilung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Darin habe sich Minister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU) „für die Schaffung spezieller Angebote für wohnungslose Frauen“ ausgesprochen. Maßgeblich für die Vermeidung von Wohnungslosigkeit sei jedoch eine „ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum“, so die SPD-Fraktion.

[Lisa-Kristin Kapteinat](#) (SPD) wies darauf hin, dass 6.400 Frauen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2016 obdachlos gewesen seien. Zudem seien 2017 mehr als 7.300 wohnungssuchende Frauen von Frauenhäusern abgewiesen worden. Es gebe „zu wenig Plätze in den Häusern und zu lange Aufenthalte, weil die Zahl an bezahlbaren Mietwohnungen immer geringer wird“. Von Wohnungsnot seien mittlerweile auch Personen mit kleinen und mittleren Einkommen besonders in Städten betroffen. Daher sei es „absurd“, dass die Landesregierung die Mittel für die soziale Wohnraumförderung von 2018 bis 2022 um 300 Millionen Euro jährlich gekürzt habe.

[Claudia Schlottmann](#) (CDU) entgegnete, die Landesregierung stelle in diesem Zeitraum jährlich 800 Millionen Euro für die Wohnraumför-

derung bereit, genau wie die Vorgängerregierung in den Jahren zuvor. Aufgrund von Flucht und Zuwanderung seien 2016 und 2017 allerdings befristete Bundesmittel bewilligt worden, sodass eine Aufstockung um je 300 Millionen Euro möglich gewesen sei. Diese Bundesmittel würden „selbstverständlich“ weiterhin eingeplant, sofern sie bereitgestellt würden, sagte Schlottmann. Das Problem zunehmender Wohnungslosigkeit habe die Landesregierung im Blick und unterstütze die Kommunen mit zahlreichen Projekten.

„Oft unsichtbar“

Obdachlosigkeit von Frauen müsse gesondert in den Blick genommen werden, da sie oft unsichtbar sei, sagte [Josefine Paul](#) (Grüne). Frauen versuchten lange, ihre Wohnungslosigkeit zu verbergen und ohne institutionelle Hilfe auszukommen. Oftmals seien Frauen in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Unabhängigkeit gegenüber Männern benachteiligt. Es brauche mehr geförderte Projekte, die Frauen ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichten. Auch die Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssten gestärkt werden. „Wohnungslosigkeit ist auch eine Folge von mangelndem bezahlbarem Wohnraum“, sagte Paul.

[Susanne Schneider](#) (FDP) sagte, es sei schade, dass im SPD-Antrag nur Frauen in den Blick genommen würden. „Auch wenn bei Frauen das Problem der Wohnungslosigkeit weniger sichtbar ist, sollten wir uns deshalb nicht nur auf sie fokussieren. Vielmehr brauchen wir umfassende und differenzierte Ansätze für Frauen und für Männer“, sagte Schneider. Jeder Mensch solle in die Lage versetzt werden, selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben zu können. Präventiv seien ein gesichertes Arbeitsverhältnis und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf der beste Schutz vor Wohnungslosigkeit. Dafür setze sich die NRW-Koalition ein.

[Dr. Martin Vincentz](#) (AfD) sagte, die Gründe für Obdachlosigkeit seien individuell verschieden und nicht alleine durch den sozialen Wohnungsbau zu erklären. Nach neuen Schätzungen seien in diesem Jahr mehr als eine Million Wohnungslose in der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten. Das sei etwa ein Prozent der Wohnbevölkerung. Vincentz kritisierte, dies sei Folge einer Politik, die „seit Langem verfehlt“ sei. Sozialer Wohnungsbau sei „ein Baustein von vielen“. Aber bei der Gruppe der obdachlosen Frauen



Josefine Paul (Grüne)



Susanne Schneider (FDP)



Dr. Martin Vincentz (AfD)



Ministerin Ina Scharrenbach (CDU)

Fotos: Schälte

müssten auch sexualisierte Gewalt, Straßenprostitution und Drogensucht in den Blick genommen werden.

Die Landesregierung wolle ein „Klima für Neubau“ schaffen, sagte die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, [Ina Scharrenbach](#) (CDU). Es solle „mehr Wohnraum in allen Segmenten entstehen“ können. Zum Beispiel solle das Programmvolumen in der öffentlichen Wohnraumförderung mit der NRW-Bank von 800 Millionen auf 1,1 Milliarden Euro jährlich aufgestockt werden. Die Landesregierung habe zudem die Wohnraumförderrichtlinie modernisiert, das habe zu „erstaunlich hoher“ Nachfrage und Investitionsbereitschaft in den bezahlbaren Wohnraum geführt. Die Investoren kehrten zurück nach Nordrhein-Westfalen. *tob, ell, sam*



Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)



Claudia Schlottmann (CDU)



Intersexualität

11.7.2018 – Intersexualität dürfe nicht länger als Krankheit angesehen werden, fordert die Fraktion der Grünen in einem Antrag („Intersexuelle Menschen nicht länger pathologisieren“, [17/3027](#)). Der Landtag hat ihn zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (federführend) überwiesen. Die meisten Menschen gingen davon aus, dass es zwei Geschlechter gebe, heißt es in dem Antrag. Allerdings gebe es auch Menschen, die keiner der beiden Kategorien zugeordnet werden können. Intersexuelle seien nicht einfach „anders“, ihnen stehe im Geburtenregister „das Recht auf einen positiven Geschlechtseintrag jenseits von männlich und weiblich“ zu. Die Landesregierung solle sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass dem entsprechenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts Rechnung getragen werde. Auf Landesebene solle u. a. ein Konzept erarbeitet werden, wie die Selbsthilfe-Infrastruktur gestärkt werden könne.

G9 an Gymnasien

11.7.2018 – Der Landtag hat die grundsätzliche Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang an Gymnasien (G9) beschlossen. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP wurde der Gesetzentwurf der Landesregierung zum „Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz)“ ([17/2115](#)) angenommen. Die Fraktionen von SPD, Grünen und AfD enthielten sich der Stimme. Das Gesetz enthält „die Leitentscheidung der grundsätzlichen Umstellung auf den neunjährigen Bildungsgang an den öffentlichen Gymnasien, die Regelung einer einmaligen gemeinsamen Entscheidung von Schulkonferenz und Schulträger über die Beibehaltung von G8 sowie die Ermöglichung der individuellen Verkürzung des neuen neunjährigen Bildungsgangs am Gymnasium auch in Gruppen“. Die Änderung soll zu Beginn des Schuljahres 2019/2020 in Kraft treten. Abgelehnt wurde der Antrag der SPD-Fraktion „Abitur nach 9 Jahren – (Oberstufen-)Reform richtig angehen“ ([17/1818](#)). Die Fraktion fordert u. a. eine einheitliche Gestaltung der Reform. G9 müsse

es an allen Gymnasien geben. Das Abitur nach neun Jahren müsse der Regelfall sein, die Absolvierung nach acht Jahren schulrechtlich aber möglich bleiben.

Bundesteilhabegesetz

11.7.2018 – Der Landtag hat das „Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes“ ([17/1414](#) und [17/3061](#)) verabschiedet. Das Bundesteilhabegesetz habe zum Ziel, die gesellschaftliche Teilhabe sowie die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen zu stärken und die Eingliederungshilfe zu einer „modernen, personenzentrierten Teilhabeleistung außerhalb des Fürsorgesystems Sozialhilfe“ fortzuentwickeln, heißt es im Entwurf der Landesregierung. Das Gesetz sieht vor, dass Fachleistungen für erwachsene Menschen mit Behinderungen künftig bei den überörtlichen Trägern der Landschaftsverbände gebündelt werden sollen. Die Kreise und kreisfreien Städte sollen als Träger der Eingliederungshilfe grundsätzlich für Fachleistungen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen bis zum Abschluss einer ersten allgemeinen Schulausbildung zuständig sein. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD angenommen. Abgelehnt wurden Änderungsanträge von SPD ([17/3126](#)) und Grünen ([17/3127](#)).

Verfassungsbeschwerden

12.7.2018 – Mit Mehrheit hat der Landtag die Einführung der Individualverfassungsbeschwerden beschlossen. Für den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP ([17/2122](#)) inklusive Änderungsantrag ([17/3136](#)) stimmten die antragstellenden Fraktionen sowie SPD und Grüne. Die AfD-Fraktion enthielt sich. Den Änderungsantrag hatten die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen gemeinsam eingebracht. Die Individualverfassungsbeschwerden ermöglichen es Einzelpersonen, eine Verfassungsbeschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof einreichen zu können. Die Fraktionen von SPD und Grünen hatten einen eigenen Gesetzentwurf zum

Thema eingebracht („Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen“, [17/3005](#)). Sie sind gegen die einfach-gesetzliche Einführung der Individualverfassungsbeschwerden und fordern stattdessen ihre Festschreibung in der Landesverfassung. Dies gelte auch für die Kommunalverfassungsbeschwerden. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Hauptausschuss (federführend) überwiesen.

Große Anfrage

12.7.2018 – Das Thema „Linksextremismus“ stand im Mittelpunkt einer Plenardebatte. Anlass war eine Große Anfrage der AfD-Fraktion („Linksextremismus in NRW strukturell erfassen und effektiv bekämpfen“, [17/1610](#)). Man habe in den letzten Monaten im Landtag mehrere Kleine Anfragen zum Thema gestellt, die „teilweise nur unzureichend beantwortet“ worden seien, so die Fraktion. Es sei um „politisch links motivierte Straftaten“ sowie „mögliche Verstrickungen zwischen staatlichen bzw. öffentlich geförderten Stellen und politisch einschlägigen Initiativen“ gegangen. Die AfD-Fraktion versuche den Eindruck zu erwecken, Linksextremismus werde in NRW verharmlost, so die Landesregierung in ihrer Antwort ([17/2258](#)) auf die Große Anfrage. Dies weise man entschieden zurück – ebenso den Vorwurf, Kleine Anfragen unzureichend beantwortet zu haben. Die Landesregierung setze sich „entschlossen gegen jede Form des Extremismus ein“.

„Studiengebühren stoppen“

12.7.2018 – Die SPD-Fraktion hat in einem Antrag ([17/3008](#)) gefordert, auf die Erhebung von Gebühren von Studierenden aus Nicht-EU-Staaten zu verzichten. Eine Anhörung zum von der SPD-Fraktion eingebrachten Gebührenfreiheitsgesetz habe gezeigt, dass sich kein Sachverständiger für das von den Fraktionen von CDU und FDP vorgeschlagene Gebührenmodell ausgesprochen habe. Das Modell orientiere sich an Regelungen aus Baden-Württemberg. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt.

Inklusion an Schulen

Neue Eckpunkte Thema im Landtag

12. Juli 2018 – Die schwarz-gelbe Landesregierung will die Inklusion an Schulen neu organisieren und u. a. Förderschulen stärken. In einer Aktuellen Stunde haben die Abgeordneten im Landtag kontrovers über die Pläne zum gemeinsamen Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung in Schulen diskutiert.



Foto: Schälte

Der Diskussion lag ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zugrunde ([17/3111](#)). Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung an Schulen könne nur gelingen, „wenn man vom Kindeswohl aus denkt“, heißt es im Antrag. Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf könnten erfolgreich an Regelschulen unterrichtet werden. „Für diejenigen mit größerem Bedarf bieten Förderschulen jedoch die besseren Voraussetzungen.“

Anfang Juli hatte Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) die Eckpunkte für die Neuausrichtung der Inklusion an Schulen in Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Demnach müssen weiterführende Schulen künftig ein pädagogisches Inklusionskonzept sowie genug Räume vorweisen, um inklusiven Unterricht anzubieten. Zudem sollen Sonderpädagogen an weiterführenden Schulen arbeiten. Eingeschränkt werden soll der inklusive Unterricht an Gymnasien. Rahmenbedingungen für Förderschulen sollen dagegen verbessert werden, um Angebote für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf wohnortnah vorzuhalten. Die Neuausrichtung der Inklusion an Schulen soll mit dem Schuljahr 2019/2020 beginnen.

Die Maßnahmen der Vorgängerregierung zur Inklusion seien unüberlegt gewesen, sagte [Kirstin Korte](#) (CDU) bei der Debatte im Landtag: „Es herrschte das Prinzip Masse in der Klasse.“ Viele Schulen hätten ohne sonderpädagogische Expertise auskommen müssen. Bis zum Schuljahr 2024/25 sollten 6.000 weitere Lehrerstellen und zum kommenden Wintersemester 250 zusätzliche Studienplätze für Sonderpädagogik geschaffen werden. Ein gemeinsames Lernen solle es nur geben, wenn Qualitätsstandards, wie ein sonderpädagogisches Konzept und ausgebildetes Personal, vorhanden seien. Die Zukunft der Förderschulen solle gesichert wer-

den, sodass Eltern eine Wahlmöglichkeit hätten.

Die Vorgängerregierung habe nur die Quote und nicht das Gelingen der Inklusion im Blick gehabt, sagte [Franziska Müller-Rech](#) (FDP): „Wir steuern um – denken Inklusion nicht von der Quote, sondern vom Kind her.“ Regel- und Förderschulen sollten nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Die Entscheidung für eine Schulform solle nicht für die gesamte Laufbahn gelten. Vor allem im Primarbereich leisteten Förderschulen hervorragende Arbeit und bereiteten viele Kinder auf den Wechsel an eine Regelschule vor. Die Landesregierung schaffe eine „echte“ Wahlmöglichkeit für Kinder mit Förderbedarf.

Veränderungen für Gymnasien

[Eva-Maria Voigt-Küppers](#) (SPD) forderte, dass Qualitätsstandards für die Inklusion an Schulen neu definiert und mehr Stellen geschaffen werden müssten. Die SPD-Fraktion lehne aber die Pläne der Landesregierung ab, nach denen das „ziendifferenzierte Lernen am Gymnasium zur Ausnahme wird“. Man könne nicht von Inklusion sprechen, „wenn eine einzelne Schulform davon mehr oder weniger ausgenommen wird“. Inklusion sei eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, auch Gymnasien seien in der Pflicht. In Zukunft sei zu befürchten, dass die Gräben zwischen Inklusionsbefürwortern und Inklusionsgegnern wüchsen.

Mit ihren aktuell vorgelegten Eckpunkten zur Inklusion richte die Landesregierung ein „Chaos“ an Schulen an, kritisierte [Sigrid Beer](#) (Grüne). Schulen würden in einen „Inklusionsstreik“ getrieben. Mehr als 20 Schulkonferenzen befassten sich derzeit mit Ausstiegsschlüssen, um auf die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung min-

destens für die 5. Jahrgangsstufe zu verzichten. In der Gesamtschule in Wuppertal-Langerfeld sei ein solcher Beschluss bereits gefasst worden, da Stellen von Sonderpädagogen zuvor gekürzt worden seien. In ganz NRW würden Sonderpädagogen aktuell an Förderschulen „zurückgeordert“.

Mit dem Umsteuern beim Inklusionsprozess habe die Landesregierung eine „längst überfällige Korrektur“ eingeleitet, sagte [Helmut Seifen](#) (AfD). Raummangel und fehlende Sonderpädagogen hätten zu „chaotischen Zuständen“ an den Regelschulen geführt. Kindern mit Förderbedarf hätten feste Ansprechpartner gefehlt, weil Sonderpädagogen „von Einsatz zu Einsatz“ gependelt seien. An Förderschulen hätten sie, so Seifen, diese Ansprechpartner gehabt. Es sei unsinnig, Kinder und Jugendliche in Schulen zu bringen, an denen sie keine Möglichkeit hätten, „mitzuschwimmen“. Dies treffe besonders auf Gymnasien und Realschulen zu.

Er sei froh, dass die Landesregierung einen Paradigmenwechsel vollziehe, sagte [Marcus Pretzell](#) (fraktionslos). Allerdings habe sie Probleme „geerbt“, die sie in dieser Wahlperiode nicht lösen könne.

Immer wieder hätten Eltern und Lehrkräfte zu Recht verbindliche Qualitätsstandards für das gemeinsame Lernen gefordert, sagte Schulministerin [Yvonne Gebauer](#) (FDP). Um eine hochwertige inklusive Förderung an allgemeinen Schulen zu ermöglichen, werde man diese Standards nun „fest verankern“. So müssten Schulen u. a. über ein Konzept zur inklusiven Bildung verfügen. Außerdem müssten „Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung fester Bestandteil der Schule sein“. Die Landesregierung werde „intensiv“ in das gemeinsame Lernen investieren. Die Wahlmöglichkeit zwischen Förderschule und allgemeiner Schule solle aber gesichert werden. *ell, tob, zab*

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/2115](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Juli 2018 | angenommen

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/3005](#) | SPD und Grüne | 1. Lesung am 11. Juli 2018 | Überweisung an den Hauptausschuss

Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes | [17/1414](#) und [17/3061](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Juli 2018 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | [17/2566](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 11. Juli 2018 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesundheitsfachberufewerterentwicklungsgesetzes | [17/2113](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Juli 2018 | angenommen

Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/2992](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. Juli 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Ausführungsgesetz zu § 47 Abs. 1 b AsylG | [17/2993](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. Juli 2018 | Überweisung an den Integrationsausschuss

Gesetz zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen besonderen öffentlichen Bedarfs des Landes Nordrhein-Westfalen (Landarztgesetz Nordrhein-Westfalen – LAG NRW) | [17/3037](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 11. Juli 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/2575](#) und [17/3060](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 11. Juli 2018 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Amtsanwältestrukturzulassungsgewährungsgesetz – AAStrZGeG) | [17/3006](#) | SPD | 1. Lesung am 11. Juli 2018 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG NRW) | [17/2166](#) und [17/3056](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 12. Juli 2018 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes – Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof | [17/2122](#) und [17/3136](#) | CDU und FDP | 2. Lesung am 12. Juli 2018 | angenommen

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen | [17/1128](#) | AfD | 2. Lesung am 12. Juli 2018 | abgelehnt

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften | [17/2994](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 13. Juli 2018 | Beschluss nach Redaktionsschluss (vorgesehen: Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen)

Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbeförderung an ihre Ausbildung (Lehrerbeförderungsgleichstellungsgesetz) | [17/1817](#) | SPD | 2. Lesung am 13. Juli 2018 | Beschluss nach Redaktionsschluss

Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung in § 15a Absatz 5 Satz 1 des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3064](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 11. Juli 2018, 2. Lesung am 13. Juli 2018 | Beschluss nach Redaktionsschluss

Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes | [17/2659](#) | Landesregierung | Integrationsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatferne der Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) | [17/2759](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden | [17/2576](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen – Rückkehr zur deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit | [17/2394](#) | AfD | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen – Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/2351](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung des bereichsspezifischen Datenschutzes im Bereich der Justiz (Justizdatenschutz-Anpassungsgesetz) | [17/2350](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016 | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratisierungsgesetz) | [17/1447](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Auf dem Weg in die Zukunft

Sachverständige äußern sich zum Thema „Digitalisierung“

18. Juni 2018 – Städte werden zu „Smart Citys“, Autos fahren autonom, Energiesysteme sind vernetzt und intelligent: Die Digitalisierung macht alles das und noch viel mehr möglich. Im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation haben sich Sachverständige in einer rund sechsstündigen Anhörung mit dem Thema befasst.

Grundlage war ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP („Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen“, [17/2058](#)). Die digitale Transformation sei „der größte und tiefgreifendste Veränderungshorizont seit der Industrialisierung“, heißt es in dem Antrag. Die Digitalisierung umfasse alle gesellschaftlichen Bereiche und werde „die Grundlagen des Wirtschaftens und Arbeitens, der Information und Kommunikation sowie der Mobilität und Urbanität in Wandel stellen“. Der Landtag müsse deshalb eine Debatte anstoßen. Sie müsse „mit allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren sowie der Öffentlichkeit“ geführt werden.

„Die Digitalisierung findet vor Ort statt“, befand die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW in ihrer Stellungnahme für den Ausschuss. Sie könne nur erfolgreich gestaltet werden, wenn die Kommunen eng eingebunden würden. Kommunen sollten die Digitalisierung dazu nutzen, „ihre Entwicklung sozial verträglich, gerecht, energie- und ressourceneffizient zu gestalten“. Dabei müssten

Bund und Land helfen. Große Chancen sehe man für den Öffentlichen Personennahverkehr. Fahrgäste sollten zum Beispiel künftig eine „aktuelle und optimierte Routenplanung für Reisen im ÖPNV“ abrufen können – wie beim Navigationsgerät im Auto.

Der „VDV eTicket Service“, ein Dienstleister für Verkehrsunternehmen und -verbände, geht davon aus, dass sich „On-Demand-Verkehre etablieren, die eine Fortentwicklung bekannter Angebote wie ‚Rufbus‘ oder ‚Anruf-Sammel-Taxi‘ sind“. Die Fahrzeuge würden in Zukunft voraussichtlich autonom unterwegs sein. Fahrgäste könnten etwa über eine Smartphone-App einen bestimmten Fahrtwunsch anmelden. Ein System errechne dann optimale Routen. Feste Haltestellen, Linien und Fahrpläne wären nicht erforderlich. Wichtig sei eine bundesweite Vernetzung der Auskunft- und Ticketsysteme: „Lokal oder regional begrenzte Eigenentwicklungen führen IT-technisch in die Sackgasse.“ Bei der Finanzierung des digitalen Wandels sei der kommunale ÖPNV auf die Unterstützung durch Bund und Land angewiesen.

Eine besondere Chance bei der Gestaltung digitaler Transformationsprozesse biete sich in der „Metropole Ruhr“ als größtem Ballungsraum Deutschlands, so die Fakultät für Kommunikation und Umwelt der Hochschule Rhein-Waal. Das Thema „Smart City“ betreffe alle Kommunen in

Deutschland, heißt es in der Stellungnahme des „SmartCity.institute“. „Smart“ stehe dabei u. a. für Ressourcen- und Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Kooperationen sowie soziale und technische Vernetzung. Entscheidend seien die Reduktion von Kohlendioxid-Emissionen und der Verzicht auf fossile Brennstoffe. NRW solle die Smart-City-Entwicklung neben der Digitalisierung als Chance begreifen: „Angesichts der Veränderungen durch die Industrie 4.0, die in jedem Fall zum Verlust von Arbeitsplätzen führen (...) wird, gilt es, die von den Veränderungsprozessen betroffenen Menschen gezielt und würdevoll in neue Aufgaben zu überführen“.

„Chancen und Risiken“

„Die Chancen und Risiken von Digitalisierung müssen politisch gestaltet werden“, so die IG Metall in ihrer Stellungnahme für den Ausschuss. „Ökonomische Markt- und Konkurrenzränge“ müssten ebenso Beachtung finden wie die „Bedarfe von Arbeit, Gesellschaft und Natur“. Man stehe dafür „allen demokratischen Parteien beratend zur Seite“.

Das Energieunternehmen „innogy“ sieht das größte Entwicklungspotenzial „bei Breitbandanschlüssen und der Online-Interaktion zwischen Bürgern und Behörden“. Deutschland hänge seit Jahren beim Breitbandausbau hinterher. Auch die Bedeutung der Elektromobilität nehme zu. „Größte Herausforderung“ sei aber die „erhebliche Dynamik der Digitalisierung“. Sie zeichne sich durch „extrem kurze Innovationszyklen aus, die auf die extrem langfristigen Planungen treffen“.

zab

Drei Blöcke

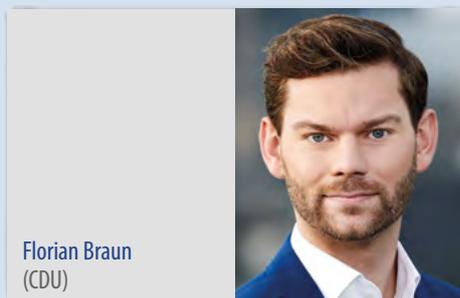
Die Sachverständigenanhörung war in drei Blöcke aufgeteilt: Stadtentwicklung, Mobilität und Energie; Datensicherheit, rechtlicher und ethischer Rahmen in Verwaltung und Wirtschaft; Schulische Bildung und Weiterbildung. Landtag Intern beschränkt sich in der Berichterstattung auf den

Themenkomplex, „Stadtentwicklung, Mobilität und Energie“. Eine Übersicht über sämtliche eingegangenen Stellungnahmen finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de (Parlament & Wahlen / Ausschüsse & Gremien / Ausschussübersicht / A20 / Anhörungen).

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Digitalisierung“



Florian Braun
(CDU)



Christina Kampmann
(SPD)

Digitalisierung braucht definitiv einen flächendeckenden Gigabitausbau, aber sie ist auch so viel mehr: Egal, ob Wirtschaft, Gesundheit, Energie, Bildung, Mobilität, Forschung, Verwaltung oder Landwirtschaft...: Die digitale Evolution hält überall Einzug und verändert unsere Lebens- und Arbeitswelt. Als Antwort auf diese Herausforderung hat die NRW-Koalition nach der Regierungsübernahme eine Digitaloffensive gestartet.

... muss den Menschen nützen und ihr Leben konkret erleichtern, nicht umgekehrt. An dieser Leitlinie muss sich eine Politik, die Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern als gestaltbaren Prozess betrachtet, der mittlerweile alle Bereiche der Gesellschaft umfasst, messen lassen.

Chancen und Risiken wägen wir im Sinne der Menschen ab. Das darf aber nicht zu Stillstand führen, Unsicherheiten dürfen nicht die Sicht auf die Vorteile verstellen. Mit Hilfe digitaler Innovationen können knappe Ressourcen effizienter genutzt, Kosten verringert, Prozesse beschleunigt und Teilhabemöglichkeiten ausgebaut werden. Neue Geschäftsmodelle bieten enormes Wachstumspotential für Arbeitsplätze und Wohlstand.

... des digitalen Wandels müssen sorgsam abgewogen werden. Fest steht: Die Digitalisierung ist von Menschen gemacht. Wir haben es also selbst in der Hand, eine chancenorientierte Politik zu forcieren, die gegenüber möglichen Risiken nicht blind ist und Bedenken ernst nimmt.

Die Einbeziehung der Bevölkerung nehmen wir ernst, denn Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Das Knowhow von Experten und Unternehmen lassen wir in unsere Politik einfließen. Dort, wo die Bürger selbst anpacken, helfen wir. Zum Beispiel, indem wir nun Bürgerbreitbandprojekte finanziell unterstützen. Schüler und Arbeitnehmer werden wir durch Aus- und Fortbildung zur Teilhabe qualifizieren.

... ist von elementarer Bedeutung, um Nutzen und Akzeptanz digitaler Veränderungsprozesse sicherstellen zu können. Mitbestimmung, Qualifizierung und Teilhabe sind der Schlüssel für eine nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung.

Die Finanzierung stellen wir durch Mehrinvestitionen in Höhe von sieben Milliarden Euro bis 2025 sicher. Fünf Milliarden Euro sollen davon in den Ausbau gigabitfähiger Infrastrukturen fließen. Weitere 91 Millionen investieren wir in digitalen Modellregionen für eine erlebbar moderne Verwaltung. Klare Prioritätenverschiebungen in Richtung digitaler Zukunft.

... der Digitalisierung vor Ort, etwa beim Breitbandausbau, muss erweitert und vereinfacht werden. Damit stellen wir sicher, dass sowohl Ballungsgebiete als auch der ländliche Raum gut für die Herausforderungen des digitalen Wandels gewappnet sind und diesen aktiv mitgestalten können.



... ist eine Gestaltungs-, keine Bewältigungsaufgabe. Es muss darum gehen, den technischen Fortschritt zum Wohl der Gesellschaft zu nutzen. Die digitale Transformation kann es den Menschen ermöglichen, ihr Leben einfacher, sicherer und den individuellen Neigungen gemäß zu gestalten. Die Grundlagen hierzu werden heute gelegt und verlangen eine optimistische und gestaltungsfreudige Haltung.

... müssen analysiert und entsprechend bearbeitet werden. Die Digitalisierung ist aber nichts Schicksalhaftes, sondern wird von uns gestaltet. Leiten lassen sollten wir uns von den schier unendlichen Chancen. Risiken – etwa bei Datensouveränität und -sicherheit, in der Arbeitswelt oder bei der Künstlichen Intelligenz – müssen mit kluger Regulierung und (Weiter-) Bildungsangeboten minimiert werden.

... ist elementar für ein positives Gelingen der digitalen Transformation. Beteiligung wird gerade durch die Digitalisierung erleichtert. Im Rahmen von Open Data, bei Smart-City-Projekten oder auch in politischen Prozessen: Für die Bürgerinnen und Bürger wird es ganz neue Chancen der Teilhabe geben. Ängste und Sorgen können erörtert, Visionen einer digitalen Zukunft gemeinsam entworfen werden.

... wird von Politik und Wirtschaft getragen werden. Staatliche Förderung ist an klare Bedingungen beim Ausbau der digitalen Infrastruktur zu knüpfen – etwa was die Netzbandbreite und flächendeckende Verfügbarkeit – Stichwort „Glasfaser first“ – sowie den Aufbau von 5G angeht. Die NRW-Koalition hat, etwa mit dem Gigabit Masterplan und den Digitalen Modellkommunen, die Weichen Richtung Zukunft gestellt.

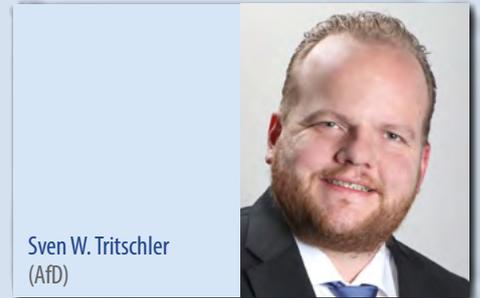


... ist für uns Grüne das Werkzeug für die soziale und ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft. Sie wird uns helfen, die Jahrhundertaufgabe des Klimaschutzes und die Energiewende zu gestalten, unsere Wirtschaft zukunftsfähig aufzustellen und die Demokratie neu zu beleben. Diese Chancen gibt es aber nicht einfach so, sondern sie sind eine politische Gestaltungsaufgabe.

... wägen wir klug ab. Wir stellen die Chancen der Digitalisierung in den Mittelpunkt. Unsere optimistische Haltung ist aber keine blinde Technikgläubigkeit. Im Gegenteil: Eine Digitalisierung, die den Menschen und dem Planeten dient, ist höchst voraussetzungsreich. Wir wollen beste Bedingungen für Innovation erreichen und setzen starke Bürgerrechte gegenüber Staat und Konzernen durch.

... ist bei allen ethischen Fragen, z. B. beim Einsatz künstlicher Intelligenz oder der Gestaltung eines zukunftsfähigen Datenschutzes, enorm wichtig. Andererseits läuft die gesellschaftliche Diskussion über die Digitalisierung inzwischen seit zwei Jahrzehnten. Dialog darf nicht als Ausrede für politische Untätigkeit dienen.

... ist eine Herausforderung, die wir politisch lösen müssen. Der Aufbau einer tragfähigen digitalen Infrastruktur wird Milliarden kosten, die digitale Modernisierung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft erfordert erhebliche Mittel und auch die Schulen und Hochschulen brauchen mehr Unterstützung. Von der Landesregierung gibt es hier zu wenig Engagement.



... verändert seit Jahren unsere Lebens- und Arbeitswelt und nimmt nun richtig Fahrt auf. Innovationen wie Blockchain, autonomes Fahren oder künstliche Intelligenz werden niemanden unberührt lassen. Die deutsche Politik war hier lange zu zaghaft und visionslos, man denke nur an das berühmte Merkel-„Neuland“. Inzwischen wird zumindest die Tragweite dieser neuen industriellen Revolution erkannt.

... stehen in einem guten Verhältnis. Digitale Innovation steigert schon heute unsere Lebensqualität in vielen Bereichen erheblich. Ein Risiko ist die Digitalisierung nur für den, der die entscheidenden Trends verschläft und sich nicht für die neue Zeit ertüchtigt. Hier gibt es allerdings in Deutschland und NRW noch viele Baustellen, weil die Verantwortlichen lange geschlafen haben.

... kommt leider oft zu kurz. Statt die Menschen im Land für die ungeheuren Chancen der Digitalisierung zu begeistern, wird ihnen oft nur Angst gemacht. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Unternehmer und Arbeitnehmer im Land ihr Potenzial auch unter den Vorzeichen einer modernen, digitalen Wirtschaft zur Geltung bringen können, wenn die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen schafft.

... ist ein wichtiger Knackpunkt. Gerade beim Ausbau der digitalen Infrastruktur im ländlichen Raum ist der Staat gefragt, da er sich für die Netzbetreiber häufig nicht rentiert. Auch im Bildungsbereich geschieht zu wenig. Dabei geht es weniger darum, den Unterricht mit digitalen Medien vollzustoßen. Vielmehr braucht es intelligente Konzepte, um Schüler und Studenten auf den digitalen Wandel vorzubereiten.

Der Landtag am Rhein wird 30



28./29. September 2018 – Anfang Oktober jährt sich zum 30. Mal der Umzug des nordrhein-westfälischen Landtags vom Düsseldorfer Ständehaus in das neu gebaute Parlamentsgebäude am Rhein. Aus diesem Anlass lädt der Präsident des Landtags, André Kuper, die Bürgerinnen und Bürger zu zwei „Parlamentsnächten“ ein – am Freitag, 28., und Samstag, 29. September 2018.

Jeweils von 17 bis 23 Uhr öffnet der Landtag seine Türen für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie erwartet eine Geburtstagsfeier mit einem bunten Programm aus Information und Unterhaltung. So werden sich auch alle fünf Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD im Landtag mit eigenen umfangreichen Programmen von Lesungen über Musik bis zu Illuminationen präsentieren.

Die Landtagsverwaltung bietet Führungen in ihrer Artothek an – der Kunstsammlung des Landtags. Denn das moderne Parlamentsgebäude am Rhein war von Anfang an auch als politischer Raum für Kunst und Kultur geplant.

In der Bürgerhalle können Besucherinnen und Besucher Platz auf der „Roten Couch“ des Fotokünstlers Horst Wackerbarth nehmen, auf der auch schon Prominente wie Peter Ustinov und Michail Gorbatschow gesessen haben. Der Düsseldorfer Fotograf reist seit Jahren mit der Couch um die Welt und setzt sie an verschiedenen Orten in Szene.

Bei Talkrunden bietet sich die Gelegenheit für Fragen u. a. an den Präsidenten des Landtags und Abgeordnete.

Der Petitionsausschuss, der „Kummerkasten“ für alle Bürgerinnen und Bürger, die Probleme mit einer Behörde haben, stellt seine Arbeit vor. Und eine Ausstellung zeigt die Geschichte und den Bau des Landtagsgebäudes am Rhein.

„30 werden“ – angelehnt an den runden Geburtstag des Landtags werden sich Literaten einen „Poetry Slam“ in der Bibliothek des Landtags liefern. Und der Besucherdienst wird im Plenarsaal einen historischen Rückblick auf „30 Jahre Debatten im Plenum“ geben.





30 Jahre **Landtag**
am Rhein

– Feiern Sie mit!

Geburtstagsgäste können aber auch nur so ihr „Haus der Bürgerinnen und Bürger“ besuchen und im Plenarsaal auf den Plätzen von Präsidium, Abgeordneten oder Ministerpräsident und Ministern Platz nehmen. Auch das Besucherzentrum mit seiner 240-Grad-Panorama-Leinwand ist geöffnet – genauso wie der Empfangsraum, in dem der Präsident Staatspräsidenten, Botschafter oder gekrönte Häupter begrüßt.

Für die musikalische Untermalung der „Parlamentsnächte“ werden u. a. die WDR „Big Band“ und die WDR-Blechbläser sorgen. *wib*



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das Landtagsgebäude am Düsseldorfer Rheinufer steht wie kaum ein anderes für die demokratischen Prinzipien der Transparenz und der Bürgernähe. Der Architekt Prof. Fritz Eller schuf mit seinen Kollegen ein visionäres und zeitloses Gebäude, das durch seine runde Form und seine großen Glasflächen besticht. Insbesondere der kreisrunde Plenarsaal – das Herz der Demokratie in Nordrhein-Westfalen – sucht seinesgleichen.

Seit 30 Jahren tagen die nordrhein-westfälischen Abgeordneten in diesem modernen Gebäude. Hier werden die wichtigen landespolitischen Debatten geführt. Und hier werden Entscheidungen getroffen, die Ihr Leben ganz konkret betreffen.

Der Landtag am Rhein war von Anfang an aber auch das „Haus der Bürgerinnen und Bürger“. Jedes Jahr besuchen rund 70.000 Menschen das Gebäude, nehmen an den Besuchsprogrammen teil und informieren sich über die Funktionsweisen des Landesparlaments und die Arbeit seiner Abgeordneten.

Auch zum 30. Geburtstag wird der Landtag natürlich ein offenes Haus sein. Ich lade Sie ganz herzlich zu den beiden „Parlamentsnächten“ am 28. und 29. September 2018 ein.

Feiern Sie mit uns den runden Landtagsgeburtstag. Informieren Sie sich, lassen Sie sich unterhalten und kommen Sie mit uns ins Gespräch: Das Präsidium des Landtags, die Abgeordneten aller fünf Fraktionen und ich ganz persönlich – wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Herzlichst

Ihr

André Kuper
Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen

Fotos: Schälte

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Konsequent gegen Antisemitismus vorgehen – Bildung als Schlüssel für Prävention

Im Fachgespräch zum Thema „Antisemitismus – Herausforderung, Umgang und Prävention“ haben wir mit 90 Gästen, dem Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, der Staatssekretärin im Integrationsministerium, Serap Güler, dem Diplompsychologen und Autor Ahmad Mansour und dem Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, intensiv diskutiert.

Als Ergebnis des intensiven Austausches ist klar geworden: Wegschauen löst keine Probleme. Offenlegung und Anprangern von Antisemitismus ist notwendig, aber nicht ausreichend. Spürbare Konsequenzen müssen die Folge sein. Auch hier muss eine Null-Toleranz-Strategie gelten, die nur dann nachhaltigen Erfolg haben kann, wenn wir als Gesellschaft denjenigen, die konsequent handeln, Rückhalt geben.

Wir müssen Wissen vermitteln, denn Bildung ist der Schlüssel. Deswegen müssen wir die Lehrerbildung in jüdischer Geschichte verbessern und ausreichend Zeit in den Lehrplänen reservieren, um über das Thema reden zu können.

Der Kampf gegen Antisemitismus braucht langen Atem und ist vielschichtig. Die CDU-Fraktion wird diesen Kampf entschlossen,



CDU-Fachgespräch im Fraktionssaal zu Antisemitismus
Foto: CDU-Fraktion

aber gut vorbereitet führen. Wir freuen uns, dass mit dem fraktionsübergreifenden Antrag aller demokratischen Parteien im Landtag zukünftig ein Antisemitismusbeauftragter für Nordrhein-Westfalen die Arbeit koordiniert und eng mit dem Bundesbeauftragten Felix Klein zusammenarbeiten wird. Dies ist ein erster wichtiger Schritt.

Gemeinsam und im ständigen Dialog werden und arbeiten wir weiter für ein respektvolles und zugewandtes Miteinander mit unseren jüdischen Nachbarn, in dem Antisemitismus keinen Platz hat.



SPD-Fraktion bilanziert das erste Jahr der Regierung Laschet

Ein Jahr nach Vereidigung des schwarz-gelben Kabinetts zogen Thomas Kutschaty und Sarah Philipp am 19. Juni im nordrhein-westfälischen Landtag eine erste Zwischenbilanz. „Schwarz-

Gelb ist eine Koalition der gebrochenen Versprechen. Und sie wird schon bald eine Koalition der enttäuschten Hoffnungen sein“, sagte Fraktionschef Kutschaty. Dabei könne man darüber streiten,

was der größere Makel der Regierung Laschet sei: die vielen gebrochenen Wahlversprechen oder ihre Marktentfesselungspolitik? Arbeitnehmer- und Mieterrechte würden geschliffen, Umweltstandards gesenkt. Und während der Mangel an bezahlbaren Wohnungen immer bedroh-

licher werde, kürzten CDU und FDP die Mittel für den sozialen Wohnungsbau. „Schwarz-Gelb in NRW entpuppt sich als das, was ein solches Bündnis schon immer und überall war: eine profane Mitte-Rechts-Koalition, die Mieterschutz und Steuergerechtigkeit als Zielscheiben für Deregulierungsgeschosse benutzt“, so Kutschaty. Hinzu kämen Minister in eigener Sache, Top-Lobbyisten als Regierungsberater und die Täuschung der Öffentlichkeit über einen vermeintlichen Hacker-Angriff, ergänzte Sarah Philipp.

„Nichts hat diese Landesregierung nötiger als eine harte und schlagfertige Opposition“, so die Parlamentarische Geschäftsführerin. „Sie wird sie bekommen!“



FDP-Landtagsfraktion: Sommerfest im Zeichen des Ehrenamts

Unter dem Motto „engagiert! GEMEINSAM für NRW!“ stand das Sommerfest der FDP-Landtagsfraktion und stellte zugleich den Auftakt einer Initiative der FDP-Fraktion zur Stärkung des Ehrenamts in Nordrhein-Westfa-



len dar. Rund 800 Gäste waren der Einladung in die Bürgerhalle des Landtags gefolgt. „Auf zwei Dinge ist in NRW Verlass: Erstens auf die NRW-Koalition, die erste Trendwenden in der Politik eingeleitet hat, und zweitens auf das Ehrenamt, das den Zusammenhalt in NRW stärkt“, sagte Christof Rasche. Unter den Gästen waren NRW-Ministerpräsident Armin Laschet und der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp, viele Landes-, Kommunal- und Bundespolitiker sowie zahlreiche Vertreter von Vereinen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und der Wirtschaft.

„Das Ehrenamt ist von zentraler Bedeutung für unsere Gesellschaft. Die Millionen von Ehrenamtlichen in NRW haben unsere Anerkennung verdient“, betonte Christof Rasche. Bei einer Talkrunde mit Sarah Primus,

Vorsitzende Landesjugendring NRW, Katharina Kresse vom Verband der Feuerwehren NRW, Walter Schneeloch, Präsident des Landessportbundes NRW, sowie Jörg Sartor, Vorsitzender der Essener Tafel, und Rolf Meurer, Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Kreishandwerkerschaften in NRW, stand die Frage im Mittelpunkt, wie das Ehrenamt noch stärker unterstützt werden kann. Einigkeit herrschte, dass Wertschätzung dabei eine große Rolle spielt. Auf einem Ausstellermarkt ging der Austausch zwischen den Gästen und Vertretern des Ehrenamts lebhaft weiter.



Rita Süsmuth besucht die GRÜNE Fraktion

Seit Jahrzehnten macht sich die ehemalige Bundestagspräsidentin und CDU-Politikerin Prof. Dr. Rita Süsmuth für Frauenrechte stark. Ihr unermüdliches Engagement zeigt, dass es nicht nur gute Argumente, sondern auch einen langen Atem braucht, um frauenpolitische Interessen durchzusetzen. Zum 100. Geburtstag des Frauenwahlrechts in diesem Jahr hatten wir die heute 81-jährige in unsere Fraktionssitzung eingeladen, um den aktuellen Stand der Gleichstellung im Land mit ihr zu diskutieren. Klar ist, dass wir uns einen weiteren Zeitverlust auf dem Weg zur gleichberechtigten politischen Teilhabe

von Frauen und Männern nicht mehr leisten können. Gemeinsam mit Frau Süsmuth setzen wir uns u. a. für Frauenquoten auch in den Parlamenten ein. Während die anderen Fraktionen

an diesem Punkt noch Nachholbedarf haben, gehen wir GRÜNE mit gutem Beispiel voran – etwa die Hälfte unserer Fraktion ist weiblich. Eindringlich warnte Frau Süsmuth in der rund 90-minütigen Diskussion vor einem Verlust demokratischer Grundwerte: „Wir können Entscheidendes verlieren, von dem wir dachten, dass es unveränderlich ist. Aber demokratische Grundwerte müssen immer wieder erstritten werden.“



Sommerfest 2018: Ein Abend unter Freunden

Über ein Jahr erfolgreiche Landtagsarbeit hat die AfD-Fraktion NRW nun hinter sich gebracht. Eine gute Gelegenheit, mit ihren Kooperationspartnern, Förderern, Sympathisanten und Mitgliedern des Landesverbandes – kurz: mit Freunden – zu feiern. Daher hatte sie eingeladen zum Sommerfest am 23. Juni 2018.

Mehr als 1.300 Besucher waren dieser Einladung gefolgt. Damit stand der Samstagmittag im Düsseldorfer Landtag ganz im Zeichen einer Aufbruchstimmung, wie sie die AfD seit Jahren verkörpert und die für die Bürger in Nordrhein-Westfalen am 14.05.2017 Gestalt angenommen hat durch unsere Fraktion. Entsprechend ausgelassen, entsprechend fröhlich und, ja, ganz wichtig: entsprechend vielfältig und bunt wurde gefeiert. „Der Zuspruch, den wir wieder einmal erfahren durften, hat mich



gleichermaßen gerührt wie bestätigt“, freut sich der Fraktionsvorsitzende Markus Wagner über die vielfältige positive Resonanz.

Ehrengäste aus ganz Deutschland waren gekommen. So auch der Kuratoriums-Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung, Prof.

Dr. Max Otte, der in seiner Festrede auch die Hoffnung nährte, die wertkonservativen Kräfte in diesem Land zeitnah bündeln zu können und ihm damit einen Weg aus dem Desaster, das die selbst ernannten Eliten angerichtet haben, zu ermöglichen.

Und so stand der Abend ganz im Zeichen eines zuversichtlichen Optimismus. Untermalt von der Musik einer exzellenten Liveband wurde anschließend getanzt, gut gegessen und getrunken und viel geredet. Erst nach Mitternacht verließen die letzten Gäste den Landtag. Bis zum nächsten Mal!



Junge Botschafter der Demokratie

Nachwuchs-Abgeordnete debattierten engagiert beim 9. Jugend-Landtag

28. - 30. Juni 2018 – Drei Tage lang war der Landtag fest in Jugendhand. 199 junge Leute aus ganz Nordrhein-Westfalen nahmen die Plätze der „echten“ Abgeordneten ein. Höhepunkt des 9. Jugend-Landtags war die Plenarsitzung am Samstag, 30. Juni 2018.

André Kuper, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, begrüßte die „Nachwuchs-Abgeordneten“ zum Auftakt gemeinsam mit den Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie Vizepräsident Oliver Keymis. Der Jugend-Landtag sei eine „Probephöhne“, um eigene Interessen zu formulieren, Mehrheiten dafür zu finden „und sie auf dem Weg des Kompromisses durchzusetzen“, sagte Kuper. „Demokratie braucht Debatte“, so der Landtagspräsident. Durch die Teilnahme am Jugend-Landtag und indem sie im Nachgang von ihren Erfahrungen erzählten, würden die Jugendlichen zu „aktiven Botschaftern der Demokratie“.



Der Präsident des Landtags, André Kuper (3. v. l.), erläuterte den Mitgliedern des Präsidiums des Jugend-Landtags (sitzend Präsidentin Sara Akay) sowie den Schriftführerinnen und Schriftführern den Platz des Präsidenten im Plenarsaal. Rechts: Gruppenfoto vor dem Landtag.

Fotos: Schälte

Bei Abgeordneten beworben

Präsidentin des Jugend-Landtags war Sara Akay. Die 17-jährige Schülerin stammt aus Verl im Kreis Gütersloh. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von 16 bis 20 Jahren hatten sich bei den Abgeordneten beworben und wurden von ihnen als persönliche Vertreterinnen und Vertreter benannt. Sie lernten das parlamentarische Geschehen und den Alltag der Abgeordneten hautnah kennen. Bereits am ersten Tag standen Sitzungen der fünf Jugend-Landtagsfraktionen von CDU, SPD, FDP, Grünen und AfD an. Es folgten Sachverständigenanhörungen zu den Schwerpunktthemen des Jugend-Landtags, Ausschusssitzungen und eine

Sitzung des Ältestenrats zur Vorbereitung der Plenarsitzung. Bei einem „Parlamentarischen Abend“ konnten sich die Jugend-Landtags-Abgeordneten mit den „echten“ Abgeordneten des Landtags austauschen.

Am Samstag dann der Höhepunkt – die Plenarsitzung. Nach engagierten Debatten sprach sich der 9. Jugend-Landtag mehrheitlich für die Einführung von günstigeren Nahverkehrstickets für Auszubildende sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Freiwilligendiensten aus, ebenso für die Einführung von Informatik als Pflichtfach für zwei Jahre an allen weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen. In einer Aktuellen Stunde

hatten die jungen Abgeordneten zuvor über die „Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro“ sowie über einen Eilantrag zum „Polizeigesetz NRW“ beraten.

red

Jugend-Landtag

Der Jugend-Landtag besteht seit zehn Jahren. 2008 fand die erste Veranstaltung statt (2012 und 2017 hatte es keinen Jugend-Landtag gegeben). Rund 1.700 Jugendliche haben bislang teilgenommen. 18 Themen wurden diskutiert, verhandelt und abgestimmt; 14 Aktuelle Stunden wurden einberufen. Videos von der Veranstaltung und von der Plenarsitzung finden Sie unter www.landtag.nrw.de.



Porträt: Thomas Kutschaty (SPD)



Thomas Kutschaty strahlt eine zufriedene Ruhe aus. In dem sachlich eingerichteten Büro des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Düsseldorfer Landtag blickt er durch große Fenster auf den Rhein, wo die Frachtschiffe ihre Bahnen ziehen. Vor wenigen Tagen ist der SPD-Politiker und Vater von drei Kindern 50 Jahre alt geworden. Ein markantes Datum. Der neue SPD-Fraktionvorsitzende kann für seinen Lebensweg bilanzieren: Er hat wieder eine Etappe geschafft.

„Aus einfachen Verhältnissen“

Den politisch bemerkenswerten Aufstieg innerhalb der NRW-SPD hat sich der Jurist hart erkämpft. Er stammt aus einfachen Verhältnissen, wie er selbst sagt. Der Vater war Eisenbahner. Thomas Kutschaty war der erste seiner Familie im Essener Norden, der aufs Gymnasium gehen durfte und Abitur machte. Sein Elternhaus war parteipolitisch nicht gebunden und doch war es sein Vater, der ihn mit zwölf Jahren auf eine Wahlveranstaltung mit Willy Brandt in die Essener Gruga-Halle mitnahm. Das habe ihn damals beeindruckt. Soziale Gerechtigkeit war das Thema. Noch vor dem Abitur, zwei Wochen nach seinem 18. Geburtstag, trat Kutschaty in die SPD ein und ließ sich auf die damals noch übliche Ochsentour ein: Jusochef, Ortsvereinsvorsitzender und Chef des mitgliederstarken SPD-Unterbezirks Essen.

Im Gegensatz zu vielen seiner Mitstreiter verlor er die reale, berufliche Welt nie aus den Augen. Während seiner Zivildienstzeit entschied er sich, Rechtsanwalt zu werden. Die beiden dafür notwendigen Staatsexamen absolvierte er zügig. Als Strafverteidiger arbeitete

er dann sehr bald selbstständig bis zum Jahr 2005, als er erstmals in den Landtag gewählt wurde. Wegen der engen Termintaktung vor Strafgerichten spezialisierte sich Kutschaty danach auf Baurecht. „Die Anwaltstätigkeit war für mich wichtig, weil ich ein zweites Standbein neben der Politik haben wollte“, sagt Kutschaty.

Als er im Landtag startete, war die Lage der SPD in NRW denkbar schlecht. Die CDU hatte die langjährige rot-grüne Regierung abgelöst. Natürlich konzentrierte sich der Anwalt auf das, was er am besten konnte. In einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu Vorgängen im Umweltministerium zeigte Kutschaty in seiner nüchternen und unaufgeregten Art, was er drauf hatte. Die spätere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft entdeckte sein Talent und ernannte ihn 2010 zum Justizminister.

Seine anschließende siebenjährige Amtszeit lief in ruhigem Fahrwasser. Das ist gut für einen Justizminister, denn nichts schadet mehr, als dass die Justiz ins Gerede kommt. Kutschaty hält sich zugute, die Arbeitsbedingungen der NRW-Justiz verbessert zu haben. Mehr als 1.800 neue Stellen seien geschaffen worden. Er habe seinem Nachfolger einen ausgezeichneten Apparat übergeben. Ein bisschen Stolz schwingt bei Kutschaty dabei mit. Sein seriöses Outfit, das er nicht nur als Minister pflegt (dunkler Anzug und meistens auch Krawatte), passt zu ihm, wirkt nicht aufgesetzt. Er „verkleidet“ sich auch nicht auf Parteitag und gibt dann den lässigen Politiker. Er scheint mit sich selbst im Reinen. Seine neue Aufgabe als Fraktionsvorsitzender wird womöglich nicht die letzte Stufe auf seiner Karriereleiter sein. Vom Spezialisten und Fachpolitiker, der er als Justizminister war, muss er jetzt die Rolle des Generalisten übernehmen: Er muss also in allen Themen bewandert sein.

Kutschaty ist mit 50 noch nicht im rentenfähigen Alter, wie er selbst betont. Und wie es sich anhört, demnächst selbst Ministerpräsident werden zu wollen, klingt bei Kutschaty so: „Wer sich für ein Spitzenamt bewirbt, muss willens sein, auch weitere Aufgaben zu übernehmen.“ Man darf gespannt sein. *Heinz Tutt*

Zur Person

Thomas Kutschaty (50) ist seit 2005 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Der Jurist aus Essen war von Juli 2010 bis Juni 2017 NRW-Justizminister. Seit April 2018 ist er Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion.

Zeitreise für Schulklassen

Nach den Sommerferien bietet der Landtag ein neues Besuchsprogramm für Schulklassen im „Haus der Parlamentsgeschichte“ an. Von montags bis freitags sind Klassen der weiterführenden Schulen (ab Stufe 9) zu einer Zeitreise durch mehr als 70 Jahre nordrhein-westfälische Geschichte eingeladen. Die multimediale Dauer Ausstellung in der Villa Horion macht die Historie des Landtags und die Entwicklung der Demokratie in Nordrhein-Westfalen seit 1946 erlebbar.

„Im Haus der Parlamentsgeschichte werden die historischen Ereignisse, die wichtigen politischen Entscheidungen und die Persönlichkeiten der Landespolitik aus den vergangenen 70 Jahren wieder lebendig. Die Geschichte des Landesparlaments und der Demokratie in Nordrhein-Westfalen wird dadurch hautnah erlebbar“, so der Präsident des Landtags, André Kuper. „Daher lade ich möglichst viele Schülerinnen und Schüler herzlich ein, in die jeweilige Zeit einzutauchen und Teil dieser Geschichte zu werden.“

Um Schulklassen den Besuch in Düsseldorf zu ermöglichen, beteiligt sich der Landtag an den Fahrtkosten. Anmeldungen nimmt der Besucherdienst entgegen – Telefon: (0211) 884-2955 oder -2302, E-Mail: besucherdienst@landtag.nrw.de.

Neue Gremien im Landtag

Am 10. Juli 2018 hat sich der Parlamentarische Untersuchungsausschuss II (Hackerangriff/Stabsstelle) konstituiert. Der Ausschuss war im Juni auf Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen vom Landtag eingesetzt worden. Er soll laut Antrag ([Drs. 17/2753](#)) Vorwürfe „möglicher Vertuschungen und wahrheitswidrigen Erklärungen der Landesregierung im Zusammenhang mit dem angeblichen Hacker-Angriff auf Frau Staatsministerin a. D. Christina Schulze Föcking“ prüfen. Zudem werde es sich mit Vorwürfen befassen, „ob durch falsche Information über die Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Parlament und Öffentlichkeit über die Schlagkraft bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität getäuscht wurde“.

Am 12. Juli 2018 nahm zudem die Enquete-Kommission I zur „Digitalen Transformation der Arbeitswelt in Nordrhein-Westfalen“ ihre Arbeit auf. Der Landtag hatte die Kommission im April auf Antrag der SPD-Fraktion eingesetzt.

Kurz notiert

Dank an Rettungskräfte

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, hat am 3. Juli 2018 Vertreterinnen und Vertreter von Rettungsdiensten im Parlament empfangen, um ihnen für ihre Arbeit zu danken. Die Gäste vertraten u. a. Feuerwehren, den Arbeiter-Samariter-Bund, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe und das Technische Hilfswerk. Kuper würdigte ihre Arbeit und betonte: „Wir möchten ihnen mit diesem Empfang herzlichen Dank sagen, dass sie sich jeden Tag für die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen einsetzen. Ihr Dienst verlangt ihnen viel ab, er erfordert hohes persönliches Engagement, Einsatz und Courage. Sie sind tragende Säulen unserer Gesellschaft und leisten einen wertvollen Beitrag für unser Zusammenleben.“

„Medien und Demokratie“

„Zwischen Fake-News und Hate-Speech – Verantwortung der (sozialen) Medien in der Demokratie“ – so lautete der Titel des zweiten „Parlamentsgesprächs“, zu dem der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, eingeladen hatte. Es diskutierten u. a. die Journalistin und Fernsehmoderatorin Dunja Hayali sowie der Journalist und Autor Ulrich Wickert. Ein Video der Veranstaltung finden Sie im Internetauftritt des Landtags unter www.landtag.nrw.de.

Kroatischer Botschafter

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, hat am 4. Juli 2018 den Botschafter der Republik Kroatien, Dr. Gordan Grlić Radman, empfangen. Thema war u. a. die Zusammenarbeit in der Europäischen Union. Der Präsident sagte: „Kroatien und Nordrhein-Westfalen pflegen enge Kontakte auf politischer und wirtschaftlicher Ebene, aber vor allem zwischen den Menschen. Für viele Kroatinnen und Kroaten ist Nordrhein-Westfalen Heimat geworden. Und es ist wichtig, dass wir unsere Partnerschaft in Europa weiter stärken.“

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint nach den nächsten Plenarsitzungen am 25. September 2018.

Gestorben

23.6. Hermann-Josef Geismann (CDU/87)
MdL 1970-1985

Staatspräsidentin besucht Landtag



Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 13. Juli 2018 die Staatspräsidentin der Republik Estland, Kersti Kaljulaid, im Landesparlament empfangen. Sie besuchte aus Anlass der Verleihung des Internationalen Preises des Westfälischen Friedens an Estland, Lettland und Litauen zwei Tage lang Nordrhein-Westfalen. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagte: „Estland hat mit den anderen baltischen Staaten viel für den Frieden und die Integration in Europa getan. Die Geschichte hat gezeigt, wie erfolgreich der Einsatz für Demokratie und Frieden sein kann. Sie ist Mahnung und Vorbild für uns alle, uns für die Demokratie einzusetzen.“
Fotos: Schälte